

ABIDA – Assessing Big Data

Vertiefungsstudie Demokratie – Workshopbericht

Berlin 17.09.2018

„Digitaler Demos – Big Data in politischen Kampagnen“ Expertenworkshop

Im Rahmen des ABIDA-Projekts fand am 17. September 2018 in den Räumen des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) eine Fokusgruppe zur Vertiefungsstudie Demokratie mit dem Titel „Digitaler Demos – Big Data in politischen Kampagnen“ statt. Hierbei kam es zu einem intensiven Austausch zwischen Vertretern der Wissenschaft aus verschiedenen Fachbereichen.

Gegenstand der Fokusgruppe war das kürzlich erschienene Gutachten „Die öffentliche Verhandlung von Big Data in politischen Kampagnen“ von Christian Pentzold und Lena Fölsche (Universität Bremen). Der Volltext ist hier verfügbar: <http://www.abida.de/de/blog-item/gutachten-die-%C3%B6ffentliche-verhandlung-von-big-data-politischen-kampagnen>

Das Gutachten untersucht vergleichend die datenbasierten Abbildungsverhältnisse, Regulierungsabsichten und Repräsentationsbeziehungen in der Wahlkampfberichterstattung in Deutschland, Großbritannien und den USA. Weiterhin werden darauf aufbauend Handlungsempfehlungen formuliert.

Zu Beginn wurden der Forschungsstand des Themas und die Datenbasis des Gutachtens genauer erläutert. Der Stand der Forschung ist überschaubar, es gibt kaum Studien zur journalistischen Auseinandersetzung mit Big Data im Wahlkampf. Abgesehen davon existiert eine Vielzahl von Arbeiten, die zu journalistischen Praktiken im Allgemeinen forschen.

Die Teilnehmenden kamen überein, dass es sinnvoll ist, den Wahlkampf in Deutschland auf aktueller Datenbasis zu untersuchen. Daneben fänden die Teilnehmenden eine Verbreiterung der Untersuchung auf einer regionalen Ebene und bezüglich der Medienart sinnvoll, d.h. zum Beispiel die Einbeziehung von lokaler Presse und anderen Medienformen oder aber durch eine Untersuchung der Bildwelten.

Die Teilnehmenden stellten fest, dass es innerhalb der journalistischen Berichterstattung eine große Ambivalenz gibt, die sich in gleicher Weise im wissenschaftlichen Diskurs spiegelt. Hier sind wie dort sind zwei Lagern zu identifizieren: Entweder wird Big Data als neue Macht propagiert oder aber als völlig überhöht beschrieben. Möglicherweise ist dies durch das Auftreten von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern im journalistischen Rahmen erklärbar - zum Beispiel durch Stellungnahmen, Interviews und Expertenmeinungen.

Daneben beschäftigten sich die Teilnehmenden mit der Frage, inwieweit die Wahrnehmung und der Diskurs durch die Tatsache beeinflusst wird, dass Big Data Teil des Systems ist. In der journalistischen, wissenschaftlichen und politischen Praxis wird so überall mit gleichen Frames gearbeitet. Problematisch sei aber die hohe Ungenauigkeit der Begrifflichkeiten im Diskurs, hier ist eine tiefere Erklärung der Prinzipien und eine trennscharfe Unterscheidung bzw. Definition der verwendeten Begriffe hilfreich. Auch eine Kontextualisierung über die Funktionsweise von (digitalen) Medien wäre hilfreich. So würde transparent, weshalb der geringe Kenntnisstand um den Themenkomplex Big Data nicht in gleicher Weise kommuniziert wird, da eine solche legitime Position der Funktionslogik der Medien widerspricht.

Die Teilnehmenden stellten fest, dass derzeit kein lösungsorientierter Journalismus erkennbar sei, es würden vorrangig diverse Stellungnahmen publiziert. Dabei steht die Faszination mit dem Thema der Inhalt und der Funktionsweise oftmals gegenüber, was sich am Beispiel der Wahlkampf-Analytik in den USA beobachten lässt. Hier wurde vorrangig beschrieben, wie heterogen die Datensätze und die daraus generierten Prognosen sind. Auf der reflexiven Ebene fand so eine komplette Bedeutungsverschiebung statt, weg vom eigentlichen Inhalt der Prognosen hin zu einer Wertung, die auch abhängig von den jeweiligen Kandidaten unterschiedlich ausfiel (so wurde der Einsatz von Big-Data-Techniken bei Hilary Clinton eher positiv, bei Donald Trump eher negativ gesehen). Da diese personenbezogene Bewertung in Deutschland und Großbritannien nicht in diesem Maße existiert, stellten die Teilnehmer die These auf, dass der Big-Data-Diskurs als Stellvertreter für Diskurse über andere gesamtgesellschaftliche Entwicklungen fungiert. Bei der Kritik an Big Data in den USA könne es sich um eine versteckte Kritik an Donald Trump handeln. Hinter dem Diskurs über den Datenskanal im Wahlkampf einer über die politische Neutralität von Unternehmen wie Cambridge Analytica.

Obwohl es durch die dynamische und schnelllebige Praxis schwierig ist, die technischen Prozesse im Hintergrund ordentlich abzubilden, wurde die Empfehlung für Medienakteure ausgesprochen, hier mehr Selbstreflexion zu betreiben. Die Rollen von Wissenschaft und Journalismus sind in diesem Zusammenhang zu klären und gegebenenfalls neu zu bewerten. Dabei ist auch fraglich, welche Kompetenzen ein Journalist für eine adäquate Berichterstattung mitbringen muss. Darüber hinaus sei auch zu beachten, dass fern der etablierten Onlinemedien Texte von Autoren ohne journalistische Ausbildung veröffentlicht werden und Wirkung entfalten.

Zu berücksichtigen sei auch, dass die Auslassung der Berichterstattung in gleicher Weise relevant ist wie die journalistische Aufarbeitung, da der Diskurs durch die Selektion der Themen mitbestimmt wird. Auch sollte reflektiert werden, welches Menschenbild der Berichterstattung zu Grunde liegt, der Mensch wird objektiviert, der Wählerwille wird in dieser Denkweise nachrangig behandelt.

Die Teilnehmer wiesen auch noch einmal auf die Konkretisierung der Medienlogik hin. Mögliche Ursachen einer Abweichung von journalistischem und wissenschaftlichem Diskurs hingen potentiell mit der Vorstellung des Rezipienten zusammen. Probleme treten zum einen durch das Selbstverständnis der Journalisten als Komplexitäts-Reduktoren auf, zudem könnten banale Resort-Fragen wichtig sein. Der Einsatz von Big Data in der Politik kann als Themenkomplex nicht klar bei Technik oder Politik verortet werden, sodass Zuständigkeiten unklar sind. Problematisch ist zudem, dass die Expertenmeinungen zum Teil nicht sehr eindeutig sind, sodass die Komplexität zu Lasten der Tiefe und Genauigkeit reduziert wird. Bei komplexen und rechercheinensiven Themen ist die Aufarbeitung vor allem ein Ressourcenproblem, Themen sind zu zeit- und damit kostenintensiv, sodass Passagen übernommen werden und damit auf Dauer eine Angleichung innerhalb des Diskurses stattfindet und der Sachverhalt nicht im Ganzen dargestellt wird. Zu prüfen wäre zudem, wie die wenigen, inhaltsstarken Schlüsseltexte tradiert werden. Daher erachteten die Teilnehmer eine Netzwerkanalyse dieser Artikel als hilfreich, da diese wiederholt in anderen Zusammenhängen wieder auftauchen.

Die Teilnehmer kamen überein, dass obwohl Bildung ein wichtiger Punkt für fast alle Problemstellungen im Zusammenhang mit Big Data ist, konkrete Handlungsempfehlungen bzw. die Ausgestaltung dieser schwer möglich seien. Es sei keine Lösung, alle problematischen Themenkomplexe in die schulische Erziehung bzw. Bildung auszugliedern. Damit würden die Lehrpläne der Schulen zum einen überfordert, zum anderen sei

nicht hinreichend untersucht, welche Probleme prinzipiell mit Bildung und Aufklärung gelöst oder gemindert werden könnten.

Vorbereitetes Material, das beispielsweise durch Stiftungen oder externen staatlichen Stellen bereitgestellt wird, können ein Ansatz sein, um das Lehrpersonal zu entlasten und trotzdem eine adäquate Aufklärung zu gewährleisten. Durch die Nennung konkreter Ansprechpartner zur Thematik, Workshops und Weiterbildungsangebote für Lehrende, Medienschaffende und Journalisten kann eine Transparenz und gleichermaßen größere Expertise geschaffen werden. So könne die Qualität der Lehre und damit gleichermaßen die Berichterstattung verbessert werden. Denkbar wäre auch das Konzept einer Akademie, an der gleichzeitig Lehrformate entwickelt werden. Daneben muss aber grundsätzlich geklärt werden, ob und welche Auswirkungen datenbasierte Abbildungsverhältnisse, Regulierungsabsichten und Repräsentationsbeziehungen in der Politik haben. Die Teilnehmenden forderten ein beidseitiges Engagement: Wissenschaftler müssten ihr generiertes Wissen aufbereiten und Journalisten stünden in der Pflicht ihre Expertise zu stärken.

Festzustellen sei in jedem Fall, dass Bildung nicht alleine auf der Ebene des Wissenstransfers passieren könne und mit konkreten Erfahrungen verbunden werden müsse. Die Sensibilisierung dafür und eine Expertise im Umgang mit Big Data seien relevant, deshalb müssten dafür Räume und Anlässe geschaffen werden. Dabei ist ein Ansatz, der die Wirkmechanismen Sozialer Medien erklärt, sinnvoll. Medienkompetenz als Begriff ist allerdings problematisch, da er die reine Erlernung eines Umgangs mit Medien suggeriert. Wichtig ist es, die Wirkmechanismen hinter Algorithmen zu erklären, so die Teilnehmer. Eine Sensibilisierung für Begrifflichkeiten wie ‚Fake News‘ ist im Bildungssektor leistbar, denn die Funktionsweise und Auswirkungen sind weitestgehend bekannt.

Die Teilnehmer schlugen eine dialogförmige Aufklärung vor, die die breite Bevölkerung mit ihrem vielfältigen- bzw. Basiswissen einbezieht. So sollte ein offener Diskurs gestaltet werden, in dem Reflektieren statt purer Frontalaufklärung im Vordergrund steht. Zu beachten ist, dass die Menschen trotz aller Expertise einen Eigensinn haben und grundsätzlich zu klären bleibt, was individuell leistbar ist und wo die Verantwortung des Individuums aufhört. Deshalb ist in gleicher Weise von Bedeutung, was Bildung nicht leisten kann, da Big Data als Thematik selbst für Fachleute nicht völlig einsehbar und transparent ist. Die Teilnehmer machten deutlich, dass Big Data eine Form von Politik ist, d.h. dass Soziale Medien beispielsweise jeden Lebensbereich mitgestalten. Genauso sei ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass hinter jedem Algorithmus und jeder digitalen Botschaft ein Absender mit einer Intention oder spezifischen Interessenlage steckt.

Die Teilnehmer kamen überein, dass der komplexe Themenbereich Big Data und Politik einer größeren normativen Reflexion bedarf und gleichzeitig der Minimalkonsens des Demokratieverständnisses im Umgang mit Sozialen Medien festzulegen ist, also eine demokratietheoretische Reflexion unumgänglich ist.